

Stickler, Matthias: *„Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“*. Organisation, Selbstverständnis und heimatpolitische Zielsetzungen der deutschen Vertriebenenverbände 1949-1972. Düsseldorf: Drosche Verlag 2004. ISBN: 3-7700-1896-6; 511 S.

Rezensiert von: Sabine Voßkamp, Historisches Institut, Universität Duisburg-Essen

Matthias Stickler untersucht in seiner Habilitationsschrift die „Organisations-, Ideologie- und Programmgeschichte“ (S. 27) der deutschen Vertriebenenverbände. Deren Rolle und Wirkungsgrad als „pressure group“ in der frühen Bundesrepublik wird in vier Hauptkapiteln entwickelt: Nach einer detaillierten Beschreibung der Entstehungsgeschichte des Bundes der Vertriebenen (BdV) bis 1958 werden im zweiten Kapitel die Bedeutung des BdV als selbsternannter „nationaler Avantgarde des deutschen Volkes“ (S. 99) und die Positionierung im Verbändestaat untersucht. Vor diesem Hintergrund analysiert Stickler das Verhältnis zwischen Vertriebenenverbänden und Parteien sowie im letzten Kapitel die Erfolge und das Scheitern der politischen Zielsetzungen.

Einführend setzt sich Stickler zunächst mit dem Forschungskontext auseinander. Das neue Interesse an der Vertriebenenforschung seit Anfang der 1980er-Jahre bewertet er als Paradigmenwechsel, dem er als Ergebnis zwar sozialgeschichtliche Impulse und ein wachsendes Interesse am Gegenstand zugesteht, dessen Nachteil er aber darin sieht, dass „Vertreibungsgeschichte gleichsam in Migrationsgeschichte aufgelöst wurde“ (S. 14). Die Migrationsgeschichte erscheint in Sticklers Darstellung als die Vertreibung verharmlosende, teils agitierende und politisierende Zeitgeistwissenschaft, wobei er nur auf wenige Arbeiten aus diesem inzwischen breiten Forschungsfeld rekurriert. Es dürfte wohl unbestritten sein, dass die Forschung zu Flüchtlingen und Vertriebenen von Beginn an politisch instrumentalisiert wurde und sich jeweils auch die zeitgenössischen Diskurse an der Forschung ablesen lassen. Diese Sicht sollte jedoch von einer Methodenkritik getrennt werden, zumal es sich hier um die Einführung zu einer organisations- und politikgeschichtlichen Arbeit handelt, die andere Erkennt-

nisinteressen verfolgt. Auch im Forschungskontext zum Verbändewesen der Vertriebenen kritisiert Stickler bei einigen Autoren die „Politisierung des Erkenntnisinteresses“ (S. 17). Positiver bewertet Stickler uunter anderem Arbeiten aus den 1970er-Jahren von Hans W. Schoenberg, Ingeborg Zeittrüg, Hans Josef Brües, Jürgen Danowski und vor allem Manfred Max Wambach¹, dessen organisationssoziologischen Zugriff Stickler in seiner Arbeit weiterentwickeln will (vgl. S. 27). Die jüngst erschienene Studie von Pertti Ahonen², die sich thematisch in weiten Teilen mit der hier besprochenen Arbeit überschneidet, wird als zu wenig differenziert bewertet. Stickler will unter anderem eine systematischere Untersuchung der Programmatik und der Konfliktgeschichte innerhalb der Verbände bieten.

Die inneren Konflikte werden detailliert und quellengesättigt anhand der Gründungsgeschichte des BdV dargelegt. Dessen Vorläuferorganisationen verfolgten organisatorisch und zum Teil auch inhaltlich abweichende Prinzipien. Der durch Linus Kather vorangetriebene Zentralverband der vertriebenen Deutschen (ZvD) verstand sich als „eine Art Vertriebenengewerkschaft“ (S. 40) mit dem Anspruch, überregional die Gesamtheit der Vertriebenen zu vertreten. Dieser von Kather immer wieder massiv artikulierte Machtanspruch, der mit persönlichen Ambitionen gekoppelt war, kollidierte mit den landsmannschaftlichen Organisationsbestrebungen, die in die Gründung der Vereinigten Ostdeutschen Landsmannschaften (VOL) mündeten. Partikularismus auf der einen, die Notwendigkeit einer starken Einheitsorganisation auf der anderen Seite sowie die persönlichen Konflikte zwischen Kather und den Führungskräften der Landsmannschaften prägten die Auseinandersetzungen. Auch nach der Konstituierung des BdV 1958 blieb die grundsätzliche Kontroverse um partikulare und zentrale Interessen erhalten.

Trotz der inneren Zerrissenheit bemühte

¹Wambach, Manfred Max, *Verbändestaat und Parteienoligopol. Macht und Ohnmacht der Vertriebenenverbände*, Stuttgart 1971.

²Ahonen, Pertti, *The Expellee Organizations and West German Ostpolitik, 1949–1969*, Ann Arbor, MI 1999 (Dissertation/Microform), überarbeitet publiziert als: *After the Expulsion. West Germany and Eastern Europe 1945–1990*, Oxford 2003.

man sich in der Außendarstellung auf Großkundgebungen und in der Öffentlichkeitsarbeit um ein geschlossenes Erscheinungsbild, das zumindest in den 1950er-Jahren auch erfolgreich vermittelt werden konnte. Als „nationale Avantgarde“ konnte man sich zumindest solange gerieren, wie die Verbände sich im Konsens mit öffentlicher Meinung und der Politik der Bundesregierung befanden. Stickler analysiert vor diesem Hintergrund die Mitgliederentwicklung der Verbände, um das Verhältnis zwischen Vertretungsansprüchen und tatsächlich organisierter Klientel zu ermitteln. Die Landsmannschaften waren hier (auch aufgrund der stärker emotionalen Anbindung) das eindeutig erfolgreichere Organisationsmodell, da sie im Gegensatz zum ZvD/BdV in den 1950er-Jahren noch keinen Mitgliederschwund zu verzeichnen hatten. Allerdings lag ihr Organisationsgrad nur zwischen 10 und 20 Prozent. Stickler betont, dass auch intern an das heikle Thema des Mitgliederschwundes nicht gerührt wurde, da eine Auseinandersetzung höchstwahrscheinlich neue Kontroversen um Organisationsformen und Machtverhältnisse ausgelöst hätte.

Zur Frage des Einflusses der Verbände auf die politisch-administrativen Eliten stellt Stickler die Sichtweise in Frage, dass die Vertriebenenverbände eine übermächtige Lobby im politischen System der Bundesrepublik dargestellt hätten. Sie konnten zwar partiell erfolgreich die Partei- und Verwaltungsstrukturen für sich instrumentalisieren³, doch konnten die Parteien umgekehrt Einfluss auf die Verbände ausüben und deren Machtpotenzial wirkungsvoll beschränken. Dies wird auch in Teil III zu den Beziehungen zwischen Verbänden und Parteien deutlich. In diesem Kapitel (aber auch an anderen Stellen) hätte der Arbeit eine Berücksichtigung der Ergebnisse Pertti Ahonens gut getan, und sei es, um sich kritisch von dessen Thesen abzugrenzen. Die Machtbeschränkung der Lobby durch die Unionsparteien sowie die Bedeutung wahltaktischer Überlegungen auf Seiten aller Par-

teien hat auch Ahonen schon auf Quellenbasis dargestellt.

Vor diesem Hintergrund beschreibt Stickler im abschließenden Kapitel den Prozess des Scheiterns der politischen Zielsetzungen und Konzepte des BdV. Noch Anfang der 1960er-Jahre schien es durch Initiativen des Vertriebenenpolitikers Wenzel Jaksch (SPD) zu gelingen, eine außenpolitische „Ergänzungsbürokratie“ (S. 388, nach Wambach) zu etablieren und damit die befürchtete Aufweichung der Ostpolitik zu verhindern. Im Laufe des Jahrzehnts wurden die Differenzen zwischen der politischen Elite und dem BdV aber immer deutlicher. Da CDU/CSU und SPD nach wie vor das Wählerpotenzial im Auge behielten, reduzierten sich die Gespräche nunmehr auf die „sophistischen Rhetorikübungen“ (S. 394) der Sonntagsreden. Den Sozialdemokraten und vor allem Willy Brandt wirft Stickler hier ein „doppeltes Spiel“ vor (S. 432): die Umwerbung der Vertriebenenwähler bei gleichzeitiger Vorbereitung der ‚neuen Ostpolitik‘ hinter den Kulissen. Auch den Unionsparteien wird seit den späten 1950er-Jahren „eine gewisse Unaufrichtigkeit“ im Dialog mit den Verbänden attestiert (ebd.).

Neben dem Anspruch der Verbände, eine „selbsternannte Nebenregierung mit Vetovollmacht gegenüber Legislative und Exekutive“ zu bilden (S. 429), arbeitet Stickler die Fragilität der organisatorischen Strukturen heraus, die persönlichen und parteipolitischen Querelen, die teilweise geringen Mobilisierungserfolge und die zunehmende politische und gesellschaftliche Isolation in den 1960er-Jahren. Die Arbeit schließt mit dem Satz: „Der Versuch der Perpetuierung und Transzendierung der Vertriebeneneneigenschaft in einer entwickelten Industriegesellschaft mit hoher sozialer Mobilität war gescheitert, und er mußte scheitern, darin liegt die tiefe, durchaus im Sinne des klassischen griechischen Dramas, Tragik der Geschichte der Vertriebenenverbände“. (S. 436) Der Begriff der Tragik wäre wohl eher hinsichtlich der vielen einflusslosen und nicht organisierten Flüchtlinge und Vertriebenen angebracht, die sich einerseits mit der Polemik und zunehmend starren Haltung der Verbände in den 1960er-Jahren nicht oder nicht mehr identifizieren konnten und sich andererseits

³ Hier bezieht sich Stickler vor allem auf Beer, Mathias, Die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa und die politisch-administrative Elite der Bundesrepublik. Ein Problemaufriß, in: Schulz, Günther (Hg.), Vertriebene Eliten. Vertreibung und Verfolgung von Führungsschichten im 20. Jahrhundert, München 2001, S. 199-227.

auch von der westdeutschen Gesellschaft, ihren Eliten und der öffentlichen Meinung missverstanden fühlten. Die Geschichte der Verbandspolitik in den Bereich der Tragik zu rücken ist aber verfehlt, auch im Sinne Sticklers eigener Analysen.

Fazit: Sticklers Darstellung ist materialgesättigt, quellennah und bearbeitet das Thema in einer großen Bandbreite bei gleichzeitiger Tiefenschärfe. Neben den Akzentsetzungen in Analyse und Bewertung dürfte und sollte vor allem die Auseinandersetzung mit dem Forschungskontext weitere Diskussionen anregen.

HistLit 2005-1-231 / Sabine Voßkamp über Stickler, Matthias: *„Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“*. *Organisation, Selbstverständnis und heimatpolitische Zielsetzungen der deutschen Vertriebenenverbände 1949-1972*. Düsseldorf 2004. In: H-Soz-u-Kult 31.03.2005.